

Beratungen zum Doppelhaushalt 2026/27

Gemeinderatssitzung am 09.02.2026

Stellungnahme der UBL zu den Anträgen der anderen Fraktion

(zusammengefasst)

Antrag der CDU

Die CDU beantragt die Integration des MVZ Bad Säckingen in den Verbund des Hochrhein-Klinikums

Stadtrat Hartmut Fricke zeigte sich aufgeschlossen für diesen Antrag. Auf die Ausführungen von Ratskollege Clemens Pfeiffer (CDU), u.a. mit dieser Maßnahme zu erreichen, dass die MVZ GmbH ertüchtigt werden könne, kommende Geschäftsjahre mit einer „schwarzen Null“ abzuschließen, meldete Hartmut Fricke erhebliche Zweifel an und sagte dazu:

„Es erscheint angesichts der derzeitigen Lage des MVZ ausgeschlossen, auch nur annähernd in die Nähe einer schwarzen oder roten Null zu kommen. Alle Parameter sprechen dagegen. Das MVZ wird auf Jahre nicht in der Lage sein, ein positives Ergebnis zu erzielen.“

Daran anschließend fragte er nach, ob es Hinweise gäbe, dass dieses Ansinnen realisierbar sei und ob es diesbezüglich Gespräche mit den Verantwortlichen des Hochrhein-Klinikums gegeben habe. Bürgermeister Guhl gab darauf hin bekannt, dass es bereits Gespräche mit Landrat Kistler und dem ärztlichen Direktor des Klinikums, Herrn Dr. Schlaudt, gegeben habe. Diese seien positiv verlaufen und man werde weiterhin prüfen, in welcher Form und unter welchen Bedingungen eine Integration des MVZ in das Hochrhein-Klinikum erfolgen kann.

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen

Im 3. Quartal 2026 ist ein Parkraumbewirtschaftungskonzept dem Gemeinderat vorzulegen.

Dem Gemeinderat konnten keine schlüssigen Argumente vorgetragen werden, für die ein solches Konzept nach mehrmaligem Scheitern im Gemeinderat eine Mehrheit finden würde. UBL-Stadtrat Hartmut Fricke stimmte dagegen.

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen

Die Stadt prüft gangbare Konzepte für die Kurstadt Bad Säckingen, um der unachtsamen Verschmutzung der Stadt durch Einwohner und Gäste in Form einer Verpackungssteuer entgegenzuwirken. Vorschläge zur Umsetzung sind dem Gemeinderat 202 vorzulegen.

Dieser Antrag wurde kontrovers diskutiert. Dabei stellte sich heraus, dass die zunehmende Vermüllung der Stadt nicht der Stadtreinigung und der Verwaltung anzulasten sei, sondern ein gesellschaftliches Problem darstelle. Aufwand und Ertrag stünden nicht im Verhältnis zueinander. Bestes Beispiel dafür sei Freiburg, wo die Einführung einer Verpackungssteuer daran gescheitert sei, dass sie nicht den gewünschten Effekt erzielte. UBL-Stadtrat Hartmut Fricke stimmte dagegen.

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen für den Eigenbetrieb Abwasser

In den Doppelhaushalt 2026/2027 werden 18 Mio. € zur Übernahme des Trinkwassernetzes in den Eigenbetrieb eingestellt.

U.a. wurde dieser Antrag damit begründet, Risiken auszuschließen, die entstehen könnten, wenn die Stadtwerke als Eigentümer des Trinkwassernetzes insolvent und ein Privatunternehmen das Wassernetz kaufen würde. In diesem Fall sei das Wassernetz als Daseinsvorsorge nicht mehr in der Hand der Stadt.

Für die Ängste, die ein solches Szenario heraufbeschwören, konnte UBL-Stadtrat Hartmut Fricke Verständnis aufbringen. Schließlich handele es sich beim Wassernetz um kritische Infrastruktur, die es zu schützen gelte. Aber erstens sei der Zeitpunkt angesichts der aktuellen Haushaltslage völlig falsch, und zweitens sei das Wassernetz bei den Stadtwerken aufgrund der Mehrheitsverhältnisse der Gesellschafter in kommunaler Hand und damit dort sehr gut aufgehoben. Gegenwärtig sieht Fricke keine Notwendigkeit, den Eigenbetrieb mit einer gigantischen Schuldenaufnahme zu belasten.

Das von den Grünen beschriebene Risiko ließe sich nach Fricke's Worten „... dadurch reduzieren, indem man den Gesellschaftsvertrag so anpasst, dass im Falle einer Insolvenz der Stadtwerke – von der wir gegenwärtig weit entfernt sind – ein Verkauf an einen privaten Investor ausgeschlossen wird.“

In einem weiteren Aspekt appellierte Hartmut Fricke an die Mitglieder des Gemeinderates, von denen einige zugleich auch Mitglieder des Aufsichtsrats der Stadtwerke sind:

„Als Gesellschafter und Aufsichtsräte sind wir dem Wohle der Stadtwerke verpflichtet. Es ergibt aus unternehmerischer Sicht keinen Sinn, sich von einer Sparte trennen zu wollen, die am ertragreichsten im Unternehmen ist. Kein Unternehmer würde sich nie von etwas trennen, was ihm den größten Erfolg bringt.“

In der weiteren Diskussion wurde zudem kritisch angemerkt, dass der von den Grünen geforderte Verkaufspreis von 18 Mio. € nicht ansatzweise dem Wert des Wassernetzes entspräche.

Der Antrag der Grünen fand keine Mehrheit. UBL-Stadtrat Hartmut Fricke hat neben anderen Ratskollegen und -kolleginnen dagegen gestimmt.

Antrag der FDP

Anpassung der Vergnügungssteuer. Die Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer ... wird angepasst, indem der Steuersatz ... von 20% ... auf 25% ... geändert wird...

Nach kurzer Diskussion hat sich der Gemeinderat darauf verständigt, eine Anpassung auf nunmehr 22% vorzunehmen. Hartmut Fricke stimmte dafür.